

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

44. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 18.03.2010
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:46 Uhr
Ort, Raum: Köln-Zimmer (A 104), Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin

Anwesende:

| | | |
|-----------------------------|--|---------------------------------------|
| Finger, Jutta | SPD | |
| Knörr, Sabine | SPD | |
| Pohl, Manuela | SPD | |
| Schwarzer, Christina | CDU | |
| Wagner, Heinz | Grüne | |
| Wittke, Franz | FDP | |
| Rühlmann, Wolfgang | GRAUE | |
| Karaaslan, Gülaysan | LINKE | |
| Ahrens, Jens Holger | AWO Südost e.V. | |
| Becker, Hans-Peter | Katholische Kirche | |
| Danquart, Iris | Kinder- und Jugendhilfe verbund gGmbH | Vertretung für: Knoller, Elisabeth |
| Gesenhoff, Judith | Evangelische Kirche | Vertretung für: Petzold, Olaf |
| Heeb, Bernhard | | |
| Heinemann, Gabriele | Mädchenarbeit | |
| Lemming, Siegfried | Diakon. Werk Neukölln | |
| Meinecke, Wolfgang | Bezirksschulbeirat | |
| Zander, Martina | Kita „Focus Familie“ | Vertretung für: Honisch, Manuel |
| Dr. Gallus-Jetter, Gabriele | JugDir | |
| Vonnekold, Gabriele | JugDez | |

Mitarbeiter der Verwaltung:

| | |
|----------------|-------------|
| Harras, Katrin | JugDez 1 |
| Plümer, Anke | Jug Rev |
| Busse, Sabine | StD FB Pers |
| Ortmann, Gerd | FC L |

Gäste:

| | |
|---------------------|---------------------------------|
| Schwarz, Oliver | Sportjugend |
| Stratmann, Martin | Paritätischer Wohlfahrtsverband |
| Winkler, Christiane | tandem bgg |
| Potschka, Anita | EJF, KJHZ Neukölln |
| Morsbach, Michael | BV/SPD |
| Dennstedt, Kathrin | Kiez-AG |

Abwesende:

| | | |
|--------------------|---------------------|----------------|
| Khalil, Nader | CDU | entschuldigt |
| Gelfert, Karin | Junge HumanistInnen | unentschuldigt |
| Haese, Axel | Human. Verband | entschuldigt |
| Honisch, Manuel | SJD-Die Falken | entschuldigt |
| Knoller, Elisabeth | Kinderschutzzentrum | entschuldigt |
| Kohn, Ivetta | Behindertenarbeit | unentschuldigt |
| Petzold, Olaf | Evangelische Kirche | entschuldigt |

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, Frau Busse, die weiteren Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugewandt ist und eröffnet die 44. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

zu 1 Protokolle der 42. und 43. Sitzung

Zum Protokoll der 42. Sitzung gibt es keine Änderungsvorschläge. Alle Mitglieder stimmen dem Protokoll in der vorliegenden Fassung zu.

Zum Protokoll der 43. Sitzung bittet die Referentin zu TOP 3, Frau Dantschke, um eine Änderung (Seite 3).

Den ursprünglichen Wortlaut:

„1980-2001 sendete Milli Görüs unbehelligt auf einem TV-Kanal (TFD). Eine Stunde lief das Programm auf Deutsch, den Rest des Tages in türkischer Sprache.“

bittet sie wie folgt zu ändern:

„1989-2001 sendete Milli Görüs unbehelligt auf dem Berliner Mischkanal /Spreekanal ein täglich einstündiges TV-Programm (TFD). Eine Stunde in der Woche lief das Programm auf Deutsch, den Rest der Woche in türkischer Sprache.“

Ansonsten stimmen alle Mitglieder dem Protokoll sowie der Änderung in der vorliegenden Fassung zu.

zu 2 Kiez AG

Es sind keine Vertreter der Kiez AG anwesend.

zu 3 Externes Fachcontrolling Gast: Frau Busse

Zur Diskussion über den 2. Report des Externen Fachcontrollings ist Frau Busse als Gast eingeladen worden. Einleitend teilt sie mit, dass ihr diesmal eine sehr sozialkritische Betrachtung sehr wichtig war. Schwer war es für Sie, sich an den zweistufigen Aufbau (Senatsverwaltung, Bezirksamt) in Berlin zu gewöhnen. Auch die Betrachtung der sozialen Belastung des Bezirkes war gewöhnungsbedürftig, da die sozialen Gegebenheiten in Duisburg sich wesentlich unterscheiden.

Herr Wittke ist über die 1.600 verschiedenen und seiner Meinung nach unübersichtlichen Entgeltsätze verwundert und fragt, ob es keine Möglichkeit gibt, diese zu minimieren.

Frau Busse meint, dies sei schlecht möglich, da sich die vielen verschiedenen Entgeltsätze aus den vielen verschiedenen angebotenen Leistungen ergeben. Die vielen verschiedenen Entgeltsätze ergeben sich aus den individuellen Leistungen.

Frau Vonnekold gibt Herrn Wittke Recht bezüglich der Unübersichtlichkeit. Die Entgeltsätze werden jedoch zwischen der SenBWF und den freien Trägern ausgehandelt, ohne dass die Bezirke Einfluss darauf haben. Problematisch ist dazu, dass wir keinen wirklichen Markt von Einrichtungen haben. Dies stellt einen erheblichen Kosten treibenden Faktor dar. Teilweise müssen gewisse „Parkzeiten“ in Kriseneinrichtungen eingeplant werden, bis eine geeignete Einrichtung zur weiteren Unterbringung gefunden ist.

Herr Ahrens ist nicht sonderlich erstaunt darüber, dass es 1.600 verschiedene Entgeltsätze gibt. Bei 1.600 verschiedenen angebotenen Leistungen ist es doch nur normal, dass jede ihren individuellen Preis hat. Das Problem der Suche nach geeigneten Einrichtungen hielte er es auch für problematisch, dies in Einklang mit einer Typisierung zu bringen.

Herr Rühlmann fragt, ob es nicht möglich wäre, ambulante und stationäre Unterbringungen „in einem Paket“ anzubieten und durch dadurch entstehende Mischkalkulationen die Entgeltsätze zu senken. Frau Vonnekold versteht den Gedanken, jedoch ist dies schlecht umzusetzen, da mit Beginn der Hilfe schwer abzusehen ist, wie sich ambulante Hilfen entwickeln. Grundsätzlich sollte eine erfolgreiche ambulante Hilfe eine stationäre vermeiden können.

Herr Lemming betont, dass eine Differenzierung nicht einfach ist. Eine stationäre Hilfe ist nicht gleich eine stationäre Hilfe. Eine Intransparenz der Entgeltsätze kann er nicht nachvollziehen. Jeder Kostensatz muss offen dargelegt werden und jeder Mitarbeiter gegenüber SenBWF nachgewiesen werden.

Herr Wittke wundert sich außerdem darüber, dass laut dem Bericht von Frau Busse so viele Hilfen kurz vor Volljährigkeit der Jugendlichen eingeleitet werden.

Diese Erscheinung wird bereits bundesweit diskutiert. Aber auch diese Jugendlichen sind wirklich hilfebedürftig und können allein aus dem Grund der kurz bevorstehenden Volljährigkeit nicht zurückgewiesen werden.

Herr Lemming sieht kein Problem darin, dass einige Jugendliche erst kurz vor der Volljährigkeit Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen. Er sieht dabei den Vorteil der Senkung der ambulanten Kosten.

Frau Busse betont die Wichtigkeit der Differenzierung und das Ziel, sich an den Median anzugleichen.

Frau Finger interessiert, wieso es anderen Bezirken gelingt, im Bereich der HzE geringere Ausgaben zu verzeichnen.

Dazu weist Frau Vonnekold auf die deutlichen bezirklichen Unterschiede im Bezug auf die soziale Belastung hin. Ein weiterer Grund ist die unterschiedliche Personalausstattung. Bezirke mit einer größeren Personalausstattung können betreffend Jugendlichen mehr Unterstützung bieten, so dass durch langfristige Hilfevermeidung weniger Kosten entstehen. Eine höhere Personalausstattung gewährleistet beispielsweise regelmäßige Hilfeüberprüfungen, so dass punktgenauer Hilfen eingesetzt werden können und damit Ausgaben für nicht mehr passgerechte Hilfen gesenkt werden können. Dies ist mit dem Personal im Bezirk Neukölln einfach nicht machbar.

Fr. Dr. Gallus-Jetter weist ergänzend darauf hin, dass die Stückkosten pro erbrachter Leistung in Neukölln aber häufig niedriger als in manch anderen Bezirken sind, bedingt durch den geringen Anteil der Personalkosten.

Fr. Finger möchte wissen, ob man die Zusammenarbeit mit der Kriseneinrichtung „Nogat7“ „runterfahren“ könnte, da diese so hohe Tagessätze hat.

Die Kostensätze der „Nogat 7“ sind angemessen in der Clearing- und Stabilisierungsphase, müssen aber leider häufig auch danach weiter gezahlt werden, wenn die geplante „Anschlussilfe“ erst mit einer gewissen Verzögerung zur Verfügung steht.

Frau Thurley teilt dazu mit, dass mit „Nogat7“ derzeit Verhandlungen zu einem zweiten Kostensatz speziell für nur kurzzeitige Unterbringungen geführt werden.

Herr Ortmann betont, dass der Preis einerseits nicht nur niedrig sein, sondern auch der jeweiligen angebotenen Leistung entsprechen muss. Das derzeitige Problem ist, eine geeignete Einrichtung zu finden, nachdem sich die Jugendlichen stabilisiert haben. Dadurch verlängert sich der Aufenthalt in teuren Einrichtungen wie bspw. „Nogat7“. Die Verhandlungen mit SenBWF laufen aber aktuell.

Frau Vonnekold ist der Meinung, dass „Nogat7“ trotz des hohen Tagesgeldsatzes ein wirtschaftliches Angebot ist, da über die Hälfte der dort untergebrachten Jugendlichen nach der Clearingphase in ihre Familie zurückgeführt werden können und somit Kosten vermieden werden.

Frau Heinemann hat Schwierigkeiten mit der Diskussion über Kosten, da sie generell das Gefühl hat, dass Neukölln sich sehr viel Mühe mit „seinen Kindern und Jugendlichen“ gibt. Auf Grund der aktuellen negativen Prognosen, auch haushaltstechnisch, fragt sie sich, wie es denn auf Dauer mit Neukölln wei-

terrgehen soll. Was passiert wenn die 4 Mio. € nicht eingespart werden können? Werden dann alle Einrichtungen schließen müssen?

Frau Thurley unterstützt theoretisch die Einschätzung von Fr. Heinemann. Trotz alledem sollte keiner den Mut verlieren und so weiter machen, wie die Planung es nun vorgibt.

Eine Reduzierung der präventiven Angebote wäre sicher eher kontraproduktiv, deshalb wird alles unternommen, um die Haushaltsvorgaben zu erfüllen.

Frau Busse sieht als größtes Problem die Eltern, die den Kindern und Jugendlichen teilweise Unvorbildliches vorleben, so dass die Kinder es ihnen gleich tun. Die Kinder werden in solche Situationen hineingeboren und befinden das auch so für richtig. Ihrer Meinung nach müssen die Sozialarbeiter heutzutage die lang zurückliegenden Fehler der Bundespolitik - fehlende Familien unterstützende Maßnahmen - ausbilden.

Auch Herr Rühlmann meint, dass es der richtige Weg wäre, bei den Eltern anzusetzen, beispielsweise in Zusammenarbeit mit Jobcentern oder Verpflichtung zu Alkohol- bzw. Drogenentzug. Frau Thurley findet die Gedanken von Herrn Rühlmann richtig, jedoch gibt es keine Grundlage, auf der man Eltern zu solchen Maßnahmen verpflichten könnte.

Das Einrichtungen „knallhart“ geschlossen werden müssten, sollte es dem Bezirk nicht gelingen, die 4 Mio. € einzusparen, bestätigt Fr. Vonnekold. Ebenfalls müsste im Bereich der Präventivmaßnahmen eingespart werden, was wiederum langfristig die Kosten der HzE ansteigen lassen würde. Momentan sind die 4 Mio. € durch Haushaltssperren abgesichert (kommunale und freie Träger). Gelingt die Einsparung jedoch nicht, müssten die betreffenden Einrichtungen geschlossen werden. Jedoch wird alles im Rahmen Mögliche unternommen, um es nicht so weit kommen zu lassen. Dies bedeutet allerdings, dass im Hilfebereich die Standards heruntergefahren werden müssen. Dies ist kein glücklicher Umstand, jedoch besser als eine Schließung präventiver Einrichtungen und Projekte.

Frau Dr. Gallus-Jetter berichtet dazu aus der von ihr geleiteten AG8 der AG der Berliner öffentlichen Jugendhilfe (AGBÖJ), die sich mit dem Themenkomplex Prävention/Familienförderung befasst. Legt man die Modellregion in Friedrichshain-Kreuzberg zu Grunde, ergibt sich nach jüngsten Modellrechnungen ein Bedarf von geschätzten zusätzlichen 24 Mio. € für ganz Berlin, die zusätzlich im Jugendhilfeeat benötigt würden, um eine wirksame Familienförderung flächendeckend anzubieten. Die einzelnen bezirklichen Anstrengungen sind sehr unterschiedlich ausgeprägt, klar ist aber, dass kein Bezirk in der Lage ist, die notwendige finanzielle Untersetzung aus der Globalsumme heraus bereitzustellen. Woher das Geld kommen soll, ist eine Frage der politischen Schwerpunktsetzung im Land Berlin.

Laut Herrn Ortmann fährt die Abteilung Jugend gerade einen harten Konsolidierungskurs. Durch die den Teams zugewiesenen Teambudgets können die Kosten für jeden einzelnen Fall heruntergerechnet werden. Alle Teams müssen sich an ihr Budget halten und die Ausgaben nachvollziehbar dokumentieren.

Frau Vonnekold möchte abschließend betonen, wie stolz sie auf ihre Mitarbeiter ist. Sie ist froh, dass alle diesen „harten Kurs“ mitfahren. Besonders loben möchte sie das Engagement der Mitarbeiter aus dem Bereich Controlling, die eigene Datenbanken entwickelt haben, um damit eine tiefergehende Steuerung möglich zu machen.

Frau Pohl kann die dem Bericht angehängten Grafiken mit der Darstellung der Ausgaben- und Fallzahlenentwicklung nicht nachvollziehen.

Herr Ortmann teilt mit, dass sich in den Grafiken ein paar Fehler eingeschlichen haben. Er hat diese überarbeitet und lässt sie dem Protokoll anhängen. Die Auswertung der Grafik wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

zu 4 Vermüllte Plätze in der Gropiusstadt - Bat-Yam-Platz und Lipschitzplatz Drucksache: 1059/XVIII

Frau Finger zieht den von ihr gestellten Antrag zurück.

zu 5 Zuschüsse zu Kita-Fahrten für Kinder aus Hartz-IV-Familien Drucksache: 1218/XVIII

Der Antrag wurde zusätzlich in den Sozialausschuss überwiesen. Dieser spricht sich für eine Beschussung aus.

Frau Vonnekold hält eine Unterstützung für sinnvoll, denkt jedoch, dass die Zuständigkeit eher beim JobCenter liegt. Dies hat aber keine gesetzliche Grundlage dafür. Möglich wäre es im Wege einer Einzelfallklage eine Bezuschussung zu erwirken. Für eine Musterklage plädiert Hr. Lemming für eine Unterstützung durch die Beratungsstellen.

Herr Wagner ist dafür, den Antrag zu beschließen, um damit politisch ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass das Bezirksamt die Bezuschussung befürwortet.

Frau Vonnekold wird in Zusammenarbeit mit Herrn Büge (Bezirksstadtrat Abt. Soziales, Wohnen und Umwelt) ein Schreiben ans JobCenter aufsetzen.

Dem Antrag wird mit 11 Zustimmungen und 1 Enthaltung entsprochen.

zu 6 Mitteilungen

Fr. Vonnekold informiert:

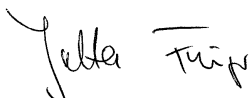
- Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat die 9. Auflage des Familienratgebers „Familien in Berlin“ herausgegeben. Exemplare werden im Anschluss an die Sitzung verteilt und sind darüber hinaus bei Bedarf im Büro von Fr. Vonnekold zu erhalten.
- Der Versuch, die Stelle des kaufmännischen Geschäftsleiters des Kita-Eigenbetriebes Süd-Ost neu zu besetzen, ist bisher fehlgeschlagen.
- Frau Vonnekold möchte kurz über einen Fall berichten, der in den letzten Tagen an mehreren Stellen des Bezirksamtes bekannt geworden ist. Der Vater einer mit ihrem Säugling in einer Mutter-Kind-Einrichtung untergebrachten Frau, hat sich Hilfesuchend an mehrere Stellen des Bezirksamtes gewandt. Der Sachverhalt stellt sich wie folgt dar: Die volljährige Mutter war nach § 19 SGB VIII mit ihrem Kind in einer Einrichtung für junge Mütter/Väter untergebracht. Nachdem seitens der Charité Berlin ein Verdacht auf schwere Kindesmisshandlungen mitgeteilt wurde, wurde das Kind nach § 42 SGB VIII in Obhut genommen und in einer Pflegefamilie untergebracht. Der Anspruch auf das Wohnen in der Einrichtung ist somit für die Mutter entfallen. Das Jugendamt billigt ihr zu, dort noch 4 Wochen nach § 41 i.V.m. 34 SGB VIII zu wohnen, um nicht in die Obdachlosigkeit zu geraten. Des Weiteren wird sie bei der Beantragung von ALG II und bei der Suche nach geeignetem Wohnraum unterstützt. Ein längerer Verbleib kann nicht ermöglicht werden, um nicht weitere Kosten für das Jugendamt entstehen zu lassen.
- Im Bezug auf die derzeitigen öffentlichen Debatten über die „Treberhilfe“ teilt Frau Vonnekold mit, dass keine Verträge gekündigt werden. Neukölln als auch die Senatsverwaltungen sehen z. Zt. keinen Grund, die Belegung bei der Treberhilfe zu stoppen, da die Qualität der Arbeit gut ist. Nach den Vertragsverhältnissen im Bereich Jugend gibt es 174 Plätze, der Rest von insgesamt ca. 3000 Betreuungen fällt in die Zuständigkeit von Soziales. Als vorrangig wird die Leistung für die Betreuten gesehen, die in dieser Quantität auch von keinem anderen Träger ad hoc übernommen werden kann.

Hr. Heeb informiert über die anstehende Sanierung des Nachbarschaftsheims. Die ersten Bauaufträge sind bereits vergeben und sollen Ende des Sommers abgeschlossen werden. Weiterhin lädt er rechtherzlich zum traditionellen Osterfeuer am 26. März 2010 ab 16.00 Uhr ein.

zu 7 Nächste Sitzung

Der nächste Termin des Jugendhilfeausschusses wird am 15.04.2010 stattfinden. Der Ort wird mit der Einladung bekannt gegeben.

Berlin-Neukölln, den 8. April 2010



Jutta Finger
Vorsitzende des Ausschusses

Harras
Protokollführung